

Ernst Ulrich von Weizsäcker

"Den Steuerwettbewerb beenden"

Frankfurter Rundschau: *Globalisierung sozial gestalten - das war sowohl bei der Elite in Davos ein Thema, als auch, aus ganz anderem Blickwinkel, in Nairobi beim Weltsozialforum. Nähern sich die Globalisierungsreformer und die Globalisierungskritiker einander inzwischen an?*



Ernst Ulrich von Weizsäcker (ap)

Ernst Ulrich von Weizsäcker: Von Annäherung sehe ich nicht viel, trotz einiger Bemühung bei den Davosern. Zielführend werden die Diskussionen, wenn man das Kardinalproblem der Globalisierung anpackt: das Auseinanderfallen der geographischen Reichweite des Marktes und des Rechtsrahmens. Erst wenn sich die Marktdogmatiker und die großen Kapital-Akteure dazu verstehen, globale Regeln zu akzeptieren und konstruktiv daran zu arbeiten, sehe ich eine Annäherung.

Deutschland ist in diesem Jahr wichtigster Akteur auf der internationalen Bühne. EU- und G-8-Vorsitz schaffen Spielraum für politische Gestaltung. Was erwarten Sie von der Bundesregierung?

Die EU und G 8 könnten unter deutscher Führung den Millenniums-Entwicklungszielen neuen Schub geben. Ferner könnte die deutsche Präsidentschaft eine Initiative starten, den laut OECD "schädlichen Steuerwettbewerb" zu beenden. Der Klimaschutz und die Millenniums-Entwicklungsziele können aber nicht mit Aussicht auf Erfolg betrieben werden, wenn man nicht auch global gewisse Souveränitätsrechte abgibt, so etwa bei der Besteuerung globaler öffentlicher Güter. Die Initiative Globaler Marshallplan setzt sich dafür ein. Eine Unterstützung dieser Initiative durch die Bundesregierung fehlt bislang.

Interview

Wer soll Souveränitätsrechte aufgeben?

Ernst Ulrich von Weizsäcker (68) war Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie, SPD-Bundestagsabgeordneter, Vorsitzender der Enquete-Kommission "Globalisierung der Weltwirtschaft" und Mitglied der Weltkommission für die soziale Gestaltung der Globalisierung. Er ist derzeit Dekan der Bren School of Environmental Science and Management, University of California, Santa Barbara. fr

Die EU-Staaten haben sehr zum eigenen Nutzen und zum Nutzen der Umwelt weite Teile der umweltpolitischen Souveränität nach Brüssel verlagert. Ähnliches sollte weltweit angepackt werden. Ansätze gibt es schon, etwa beim Washingtoner Artenschutzabkommen und beim Montrealer Protokoll zum Schutz der Ozonschicht. Beim Klimaschutz und dem Schutz der biologischen Vielfalt gibt es zwar Konventionen, aber nur schwache Protokolle mit sehr begrenzter Teilnehmerschaft.

Und wer soll per Marshallplan unterstützt werden?

Die Idee zu einem Global Marshall Plan stammt aus Al Gore's Buch *Wege zum Gleichgewicht*. Heute ist das Sekretariat der Global Marshall Plan Initiative in Hamburg. Grundidee ist eine Umverteilung von Reich nach Arm, mit einer

Absicht, die dem Marshallplan von 1947 entspricht: Es geht den Reichen politisch und wirtschaftlich besser, wenn die Armen nicht im Elend versinken. Die Ziele der Initiative sind eng verwandt mit den Millennium-Entwicklungszielen. Die Finanzierung stellt man sich durch Kerosinsteuern, CO2-Emissionsrechte pro Kopf, Tobinsteuer oder dergleichen vor. Unterstützt werden sollen Staaten und Projekte, die ursächlich gegen die Armut vorgehen.

Der Abbau der Armut erfordert aber eine globale Umverteilung auf nationaler wie auch internationaler Ebene. Eine solche Umverteilung ist nicht in Sicht. Müssen wir dieses Ziel ins Reich der Utopie verbannen?

Man muss an dem Ziel festhalten, aber nüchtern feststellen, dass die innere Logik der globalen Märkte ohne globale Regeln den Abstand zwischen Arm und Reich immer weiter aufreißen lässt. Die treuherzige Aussage "Eine steigende Flut hebt alle Boote" hat sich empirisch so gut wie nirgends bewahrheitet. Gewiss ist das chinesische und indische Wachstum ermutigend und bewundernswert. Aber etwa in Indien nehmen die Marginalisierung der Armen und die Selbstmorde aus Verzweiflung immer noch zu.

Wie könnte eine solche globale Umverteilung aussehen?

Sie könnte theoretisch durch eine Flugbenzin- oder eine CO2-Abgabe finanziert werden. Aber die Angelsachsen wollen von internationalen Steuern oder Abgaben absolut nichts hören.

Wenn Sie Ihren gegenwärtigen Aufenthalt in den USA für eine Bewertung nutzen, würden Sie die USA eher als Hemmschuh oder als eine treibende Kraft einer sozialen Globalisierung ansehen?

Die USA haben sich seit den Reagan-Jahren durch Überheblichkeit nach außen und durch Verachtung für die Rolle des Staates nach innen ausgezeichnet. Umverteilung war seit Präsident Johnson nie mehr mehrheitsfähig, und internationale Sozialpolitik schon gar nicht. Ob die neue Stimmung in Washington das ändert, muss ich bezweifeln. Gleichzeitig gibt es auf privater Ebene machtvolle Akteure, die zur sozialen Globalisierung beeindruckend beitragen.

Zum Beispiel?

Die Bill und Melinda Gates-Stiftung beispielsweise tut mehr für die Bekämpfung von Tropenkrankheiten als es der Weltgesundheitsorganisation möglich ist.

Sie waren Mitglied der Weltkommission für die Soziale Dimension der Globalisierung. Welche ihrer Empfehlungen werden inzwischen umgesetzt?

Die Kommission hat die rasche Durchsetzung der Kernarbeitsnormen, die Stärkung der UN-Organisationen, die bessere Einbeziehung des Privatsektors, die stärkere Mitwirkung der Nichtregierungsorganisationen, die Befolgung der Millenniums-Entwicklungsziele und die Kohärenz der nationalstaatlichen Politik gefordert. Wichtig an der Weltkommission war, dass sie zum ersten Mal von hoher Warte aus gesagt hat, dass Globalisierung nicht nur Gewinner macht, sondern ganz massiv auch Verlierer, und dass die Staaten durch den globalen Steuerwettbewerb geschwächt werden.

Interview: Roland Bunzenthal